

Dienstag (Vormittag), 13. Juni 2017

Finanzdirektion

51 2016.RRGR.994 Motion 213-2016 Lanz (Thun, SVP) Mehr Steuersubstrat für den Kanton Bern

Fortsetzung

Präsidentin. Guten Morgen, ich begrüsse Sie zum heutigen Sitzungstag. Es wird ein langer Sitzungstag. Wir wissen noch nicht, wann die Session wirklich endet. Das kann heute sein aber auch morgen. Speziell begrüssen möchte ich heute die Grossräte und Grossrätinnen Pierre Amstutz, Pierre Masson, Patrick Gsteiger, Niklaus Gfeller, Maria Esther Iannino, Andrea Lüthi, Patric Bhend und Roberto Bernasconi. Für Sie ist es entweder der letzte oder der zweitletzte Sessionstag.

Wir hörten gestern nicht so erfreulich auf. Kurz vor Schluss hatten wir diese Störung. Das Präsidium wird sich kurz vor dem Mittag noch zusammensetzen und diskutieren, welche Massnahmen ergriffen werden sollen. Klar ist, was ich gestern schon sagte: Ich finde, es ist unserer Demokratie und unseres bernischen Parlaments nicht würdig, was gestern geschah.

Wir steigen ein in Traktandum 51. Es geht um die Motion Lanz «Mehr Steuersubstrat für den Kanton Bern». Wir hörten gestern bereits die Sprecherinnen und Sprecher der FDP, der BDP, der SP und der EVP. Wir möchten mit dem Sprecher der FDP, Grossrat Haas, fortfahren. Damit er Ihre volle Aufmerksamkeit hat, bitte ich Sie, Ihre morgendlichen Gespräche zu beenden. Grossrat Haas, Sie haben das Wort.

Adrian Haas, Bern (FDP). Erlauben Sie mir als erster Sprecher heute Morgen eine kurze Bemerkung zu den gestrigen Vorkommnissen beziehungsweise zu diesen kontraproduktiven Kindereien. Ich bitte die SP-JUSO-PSA-Fraktion ihren Jungspunden und vor allem den beteiligten Stadträten Anstand und Respekt vor den demokratischen Institutionen beizubringen, soweit das überhaupt möglich ist.

Zur Motion: Der Motionär fordert vom Regierungsrat Vorschläge für steuerpolitische – ausschliesslich steuerpolitische – Massnahmen, damit der Anreiz entsteht, dass die Kaderleute der Wirtschaft vermehrt im Kanton Bern Wohnsitz nehmen. Das Anliegen ist bekannt. Im Kanton Bern werden Steuerpflichtige – ausser Familien – mit Bruttoeinkommen bis 40 000 Franken übermässig besteuert, insbesondere auch Kader der Wirtschaft. Die letzten Steuergesetzrevisionen haben daran nichts geändert. Im Gegenteil: Man hat den Pendlerabzug beschränkt. Man hat die Eigenmietwerte erhöht oder auf Verordnungsstufe die Berufskostenpauschale gestrichen. Dies alles ging in die falsche Richtung. Wir haben heute rund 70 000 Pendler von ausserhalb des Kantons, die im Kanton Bern arbeiten und etwa 41 000 Pendler, die im Kanton wohnen und ausserhalb des Kantons arbeiten. Das ergibt ungefähr eine Differenz von 24 000 Pendlern, die nicht im Kanton Bern wohnen und als Steuerzahler akquiriert werden könnten. Würde es gelingen, diese Differenz im Wohnsitz in Richtung des Kantons Bern zu bewegen, so würde das rund 100 Mio. Franken Steuereinnahmen – Einkommens- und Vermögenssteuer – bringen. Das Anliegen ist mehr als berechtigt. Steuertechnisch ist es allerdings so: Ich sehe wie der Regierungsrat eigentlich keinen anderen Weg, als den Einkommenssteuertarif zu korrigieren. Wie gesagt werden hier steuerpolitische und nicht andere Massnahmen diskutiert. Es gäbe sicher noch andere Massnahmen, die aber nicht Gegenstand dieser Diskussion sind. Insofern sind wir bereit, den Vorstoss als Postulat zu überweisen, weil noch nicht ganz klar ist, wie was wo und wann zu geschehen hat.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Mein Vorredner hat den Faden wieder aufgenommen und gesagt,

es gehe um die Senkung von Einkommenssteuern. Ich glaube, das ist genau die Schwierigkeit bei diesem Vorstoss. Der Motionär hat die Diskussion ein bisschen komplex lanciert. Mehr Steuersubstrat für den Kanton Bern: Ja! Dieser Meinung sind die Grünen auch. Diese Einschätzung teilen wir. Schaut man aber genau hin, was die Motion will, dann wird klar, dass es um die Steuergesetzrevision geht. Der zweite Teil der Motion, bei dem von «Anreizen und Massnahmen» gesprochen wird, ist schwierig ausserhalb der Steuergesetzrevision zu prüfen. Der Motionär hat gestern in seinem Votum gesagt, man könne auch über das Beschaffungswesen oder andere Fragen diskutieren. Hätte er das so gemeint, dann hätte er die Motion anders schreiben müssen. Hier steht explizit geschrieben: Steuergesetzrevision. Das lässt keinen anderen Schluss zu, als dass man Steuern für Kader – oder wie immer das dann definiert wird – senken soll.

Es steht in der Antwort des Regierungsrats: Es gab bereits 2013 eine Interpellation des grünen Grossrats Muntwyler, der die Steuerausfälle durch Pendler und Pendlerinnen thematisiert hatte. Das zeigt, dass es sich um ein reales Problem handelt. Die Grünen sind bereit, das Thema genauer anzuschauen und nach Lösungen zu suchen. So wie es die Motion vorschlägt, können die Grünen das Anliegen nicht unterstützen, weil es klar auf eine Steuersenkung für die natürlichen Personen juristischer Unternehmungen hinausläuft. Wir wären aber froh, wenn der Regierungsrat Massnahmen und andere Aspekte prüft. Die Frage ist zum Beispiel, ob es genügend Wohnraum gibt, den man den Leuten bieten kann. Das ist auch ein Aspekt. Diese Fragen könnten im Rahmen eines Postulats vertieft betrachtet werden. Es wäre auch anderes möglich, aber nicht im Rahmen des Steuergesetzes.

Es ist sehr laut heute Morgen! – Man könnte zum Beispiel prüfen, ob man nicht das was man als Wirtschaftsförderung grossen Unternehmungen an Steuererleichterungen anbietet, an Bedingungen koppelt. Man könnte sagen, es gäbe nur Wirtschaftsförderung für Unternehmungen, die selber ihre Mitarbeitenden dazu anhalten, im Kanton Bern Wohnsitz zu nehmen. Es gäbe durchaus Möglichkeiten, die wir interessant fänden. Aber so, wie der Vorstoss hier formuliert ist, mit rein steuerpolitischen Massnahmen, können wir ihn nicht unterstützen. Von daher wird die Motion bei der grünen Fraktion keine Unterstützung finden.

Präsidentin. Grossrätin Imboden hat völlig recht: Der Lärmpegel ist ziemlich hoch. Es ist immer ein bisschen unbefriedigend, wenn man die letzte oder zweitletzte Rednerin am Nachmittag oder Abend oder die erste oder zweite Rednerin am Morgen ist. Ich bitte Sie, wirklich zuzuhören.

Michael Köpfli, Bern (glp). Das Ziel dieses Vorstosses unterstützen wir grundsätzlich. Es ist natürlich richtig, dass viele Leute, die im Kanton Bern arbeiten, nicht hier Steuern zahlen. Sie wohnen im steuergünstigeren Umfeld des Kantons oder sogar als Wochenaufenthalter noch weiter weg. So entgeht uns Steuersubstrat. Wir finden auch richtig, dass man Anreize schafft, damit das anders wird. Aber da geht es uns ein bisschen wie Grossrat Haas: Die einzige Möglichkeit, wie man dies machen kann, ist eine Senkung der Einkommenssteuern. Dann wird es für die Leute attraktiver, auch im Kanton Bern zu wohnen und Steuern zu zahlen. Wozu wir sicher nicht Hand bieten, ist die Einführung neuer Steuerprivilegien für hohe Kaderangestellte. Das wäre schlussendlich eine Subvention für hohe Kaderangestellte. Das sehen wir überhaupt nicht. Auch eine weitere Verkomplizierung des Steuersystems ist für uns der falsche Weg. Wenn schon müsste es vereinfacht und die Steueranlage für alle gesenkt werden.

Ein Punkt, den man unbedingt einmal anschauen sollte, und der tatsächlich einen Fehlanreiz bewirkt, betrifft die Problematik mit den Wochenaufenthalterinnen und Wochenaufenthaltern. Wohnt man heute in einem anderen Kanton, profitiert man nicht nur vom günstigeren Steuertarif, sondern man kann auch noch gleich das Zimmer in Bern und die ganzen Pendlerkosten von den Steuern abziehen. Das ist aus unserer Sicht eine Steuerungerechtigkeit. Vor allem finden wir, dass man dort Steuern zahlen sollte, wo man fünf Tage unter der Woche arbeitet und die ganze Infrastruktur benutzt und nicht dort, wo man sich am Wochenende mehr oder weniger im Ferienhaus entspannt. Zu dieser Problematik wären wir sofort bereit, etwas zu machen. Wahrscheinlich gäbe es dann tatsächlich einmal eine Standesinitiative, mit der das Thema angegangen würde. Der Kanton Bern hat viele Wochenaufenthalter, die hier keine Steuern zahlen. Dieses Thema sollte unbedingt angegangen werden. Aber bei neuen Steuerprivilegien und einer Verkomplizierung des Steuersystems helfen wir nicht mit. Als Postulat können wir den Vorstoss annehmen, weil – wie es die Regierung auch sagt – neben den Unternehmenssteuern dringend auch bei den Einkommenssteuern etwas gemacht werden müsste.

Daniel Bichsel, Zollikofen (SVP). Die SVP-Fraktion unterstützt den vorliegenden Vorstoss in Form eines Postulats, also als Prüfauftrag. Warum nicht als Motion? Die Motion ist bei enger und exakter Interpretation oder Auslegung tatsächlich eher einschränkend. Das betrifft den Zeitpunkt, wann etwas gemacht werden soll, und die Möglichkeiten, was gemacht werden kann. Das ist für uns der Grund, nicht bei der einschränkenden Motion zu bleiben, sondern den Fächer eher zu öffnen und das Anliegen in einem weniger verbindlichen Prüfauftrag als Postulat zu überweisen.

Zum Inhalt: Es ist nachvollziehbar, dass im Kanton Bern Anstrengungen angezeigt sind, die das gleichzeitige Wohnen und Arbeiten im Kanton fördern. Es gibt zwei wesentliche Gründe, die schon mehrfach genannt wurden, die unseres Erachtens wichtig sind. Erstens geht es um eine Zunahme des Steuersubstrats und zwar ohne Steuererhöhungen, sondern durch die Wohnsitznahme zum Beispiel von Kaderangehörigen der Wirtschaft und der Verwaltung. Zweitens führt das gleichzeitig zu einem positiven Einfluss auf die Bewältigung der doch erheblichen Pendlerströme. Wir begrüssen, wenn die Prüfung nicht ausschliesslich auf die steuerlichen Massnahmen beschränkt wird, obwohl diese vordergründig sicher auf der Hand liegen. Darum werden wir dem Vorstoss in Form eines Postulats zustimmen.

Johann Ulrich Grädel, Huttwil/Schwarzenbach (EDU). Die Absicht ist gut. Die EDU-Fraktion unterstützt ein Postulat. Wir sehen, dass im Kanton Bern die hohen Steuern Auswirkungen haben. Es wäre gut, wenn man die Steuern senken könnte. Darum unterstützen wir das Postulat. Es soll nach Möglichkeiten gesucht werden, damit die Leute im Kanton Bern wohnen und Steuern zahlen.

Präsidentin. Damit sind wir am Ende der Fraktionssprecher. Gibt es Einzelsprecher oder -sprecherinnen? – Nein. Ich gebe das Wort der Regierungsrätin.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Es ist tatsächlich eine unschöne Tatsache, dass viele der Personen, die im Kanton Bern arbeiten, nicht im Kanton wohnen und entsprechend Steuern zahlen. Gemäss Statistik haben wir einen positiven Pendlersaldo. Das heisst, es gibt mehr ausserkantonale Pendler, die im Kanton Bern arbeiten, als umgekehrt. Das betrifft aber nicht nur Kaderangestellte. Nur so, weil ich als Finanzdirektorin halt Zahlen liebe, nenne ich Ihnen eine Zahl aus dem Kanton Bern: Wir haben unter all den Amtsleitern und Generalsekretären – das sind 56 Personen – nur gerade sechs Personen, die nicht im Kanton Bern steuerpflichtig sind. Ich denke, dass zumindest bezogen auf dieses Beispiel der Kanton Bern seine Hausaufgaben einmal mehr gemacht hat.

Wäre der Pendlersaldo ausgeglichen, dann hätte der Kanton Bern logischerweise auch mehr Steuereinnahmen. Ausgehend von einem durchschnittlichen Steuereinkommen könnte man etwa von Mehreinnahmen im Steuerbereich natürlicher Personen von etwa 90 Mio. sprechen. Damit der Pendlersaldo ausgeglichen wird, müssten wir vor allem Massnahmen im steuerlichen Bereich beschliessen. Vielleicht können Sie sich an den Expertenbericht erinnern, den wir im Zusammenhang mit der Steuerstrategie ausarbeiten liessen. Der Bericht hat den Zusammenhang zwischen steuerlichen Entlastungen und den dadurch ausgelösten Verhaltensänderungen bei den Bürgerinnen und Bürgern detailliert untersucht. Ich möchte Sie nicht lange mit Zitaten aus diesem Expertenbericht langweilen. Sie können den Bericht im Internet nachlesen. Aber aufgrund des Berichts ist es einfach so: Eine Verhaltensänderung, die zu einem zusätzlichen Steuerfranken führt, muss mit der Entlastung von 2,7 Steuerfranken erkaufte werden. Anders ausgedrückt würde das mit Bezug zu den ausserkantonalen Pendlern bedeuten, dass die Steuern insgesamt um rund 250 Mio. Franken gesenkt werden müssten, damit die ausserkantonalen Pendler ihren Wohnsitz in den Kanton Bern verlegen, und wir von Seiten des Kantons mit zusätzlichen Steuereinnahmen in der Höhe von etwa 90 Mio. rechnen könnten. Wir dürfen nicht einfach darauf hoffen, dass sich die Entlastungen letztlich selber finanzieren. Darum können wir uns solche steuerlichen Entlastungen nur dann leisten, wenn die notwendigen Mittel auf andere Art beschafft oder die staatlichen Leistungen entsprechend reduziert werden. Da sind wir ohnehin schon beim Voranschlag für das nächste Jahr und dem Aufgaben-/Finanzplan der kommenden Jahre dabei.

Der Regierungsrat ist offen für diese Diskussionen. Mit der Steuerstrategie wurde aber auch festgelegt, dass der Handlungsbedarf zuerst bei den juristischen Personen besteht. Erst in einem nächsten Schritt kann die Steuerbelastung der natürlichen Personen betrachtet werden. Darum schlagen wir Ihnen vor, den Vorstoss als Postulat zu überweisen. Es ist ein Dauerauftrag. Jetzt «husch, husch» etwas zu machen, liegt schlicht nicht drin. Ich danke Ihnen, wenn Sie das Postulat annehmen.

Präsidentin. Ich gebe das Wort noch einmal dem Motionär.

Raphael Lanz, Thun (SVP). Gestern durfte ich unter etwas erschwerten Bedingungen sprechen. Darum sage ich es noch einmal. Es war vielleicht etwas untergegangen. Uns geht es um eine relativ weite Prüfung des Auftrags. Selbstverständlich haben wir geschrieben, man solle den Vorstoss im Rahmen der nächsten Steuergesetzrevision behandeln und anschliessend einen Vorschlag machen. Aber es geht nicht nur um steuerliche Massnahmen. Diese liegen natürlich am nächsten. Es geht darum, eine weitere Prüfung vorzunehmen. Uns ist auch bewusst, dass steuerliche Massnahmen, die etwas bringen sollen – die Finanzdirektorin hat es eben ausgeführt –, kurzfristig sehr schwierig sind. Darum müsste man den Fächer ein wenig öffnen. Grossrätin Imboden hat einen interessanten Vorschlag gemacht: Eventuell könnte der Vorstoss im Rahmen von Wirtschaftsförderungsmassnahmen zum Thema gemacht werden. Ich kann jetzt auch nicht sagen, ob das gerade der richtige Ansatzpunkt ist. Aber es zeigt die Idee – so wie ich gestern vom Beschaffungswesen gesprochen habe –, dass es durchaus weitere Bereiche gibt, in denen allenfalls Einfluss genommen werden könnte. Wir sind uns einig, dass das Problem vorhanden ist. Wenn wir es lösen oder teilweise lösen könnten, dann hätten wir einnahmeseitig etwas gemacht, ohne die Steuern zu erhöhen. Das wäre ein Gewinn für unseren ganzen Kanton. Darum wandle ich den Vorstoss in ein Postulat. Ich bedanke mich für die Diskussion und die gute Aufnahme des Themas. Ich bin gespannt, was die weite Prüfung, die ich befürworte, ergeben wird. Ich bitte Sie, dem Vorstoss in Form des Postulats zuzustimmen.

Präsidentin. Bevor wir fortfahren, möchte ich ein Geburtstagskind unter uns begrüssen. Ich weiss nicht, ob er sich bewusst war, dass er als erstes hier Geburtstag feiern wird, als er vor einer Woche als neu gewählter Grossrat hier stand. Ganz herzliche Gratulation zum Geburtstag, Grossrat Schlatter. (*Applaus*) Ich hoffe, dass Ihnen die vergangene Woche hier gefallen hat. Alles Gute heute und für das kommende Jahr. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer den Vorstoss als Postulat annimmt, stimmt ja, wer ihn ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme als Postulat

Ja	109
Nein	28
Enthalten	3

Präsidentin. Sie haben das Postulat angenommen.